
Abgasnorm: AvD geht mit Petition gegen Euro 7 vor

Von Michael Kirchberger

Die Pläne der EU zur Abgasgesetzgebung werden dramatische Folgen haben. Bereits 2025 soll die nächste Stufe der Emissionsregelungen in Kraft treten, die Schadstoffnorm Euro 7 dürfte dem Verbrennungsmotor nicht unbedingt die Grundlagen entziehen, ihn aber doch so teuer machen, dass er gegen andere Antriebsarten aus wirtschaftlicher Sicht kaum mehr eine Chance hat. Der Automobilclub von Deutschland (AvD) hat aus diesem Grund eine Petition gegen die Euro-7-Pläne gestartet.

Der AvD fordert die EU-Kommission auf, diese Pläne nicht der von der Beratergruppe Fahrzeugemissionen vorgelegten Studie folgend umzusetzen. In weniger als vier Wochen haben bereits mehr als 30.000 Club-Mitglieder und Autofahrer unterschrieben.

Verdammung des Verbrennungsmotors?

Die Regelungen seien Ausdruck eines Alibi-Aktionismus der Kommission und ihrer Präsidentin und spiegeln eine von Ideologie getriebene Verdammung des Verbrennungsmotors wider, schreibt der AvD im Text der Petition. Vor allem kritisiert er, dass allein die lokalen Emissionen, also die Nettoemissionen zugrunde gelegt werden, und die bei Produktion und Energiegewinnung erzeugten Schadstoffe und Umweltbelastungen keine Berücksichtigung erführen. Daraus ergebe sich einseitig eine willentliche Benachteiligung des Verbrennungsmotors. Die erheblichen Umweltbelastungen, die bei der Produktion von Elektroautos und der Stromgewinnung entstehen, würden bewusst unterschlagen, so der Automobilclub.

Die Neuregelungen sind nach Ansicht von Motorenentwicklern in der Tat unter wirtschaftlichen Aspekten kaum umsetzbar. Neuwagen dürfen nach diesen Vorgaben künftig nur noch 30 Milligramm NO_x (Stickoxid) je Kilometer und in einem zweiten Szenario sogar nur noch 10 mg/km ausstoßen. Die Grenze lag zuvor bei 60 mg für Benzin- und 80 mg für Dieselfahrzeuge. Die CO₂-Grenzwerte sollen je nach Fahrzeugkategorie drastisch auf 300 mg beziehungsweise 100 mg gesenkt werden. Eine weitere Anforderung besteht darin, dass die Messbedingungen während des Real-Drive-Emissions-Tests (RDE) zur Einhaltung von Grenzwerten erheblich verschärft werden sollen. Alle bisher im RDE zugelassenen Ausnahmen sollten abgeschafft werden.

Neue Fahrzeuge müssten die verschärften Grenzwerte unter diesen Bedingungen einhalten:

Bei Temperaturen von minus zehn Grad bis 40 Grad Celsius, in einer Höhe von 1000 oder 2000 Metern (zuvor bis 700 Meter) sowie während der gesamten theoretischen „Lebensdauer“ von 15 Jahren oder einer Laufleistung von 240.000 Kilometern (zuvor 160.000 km).

Caravanning wäre kaum mehr möglich

Vor allem aber sollen die Werte auch mit Dachträger, Fahrradträger oder Anhänger eingehalten werden, was auch dem weniger versierten Autofahrer als völlig abwegig erscheinen dürfte. So würde die EU 7 in dieser Form Radsportler, die ihr Bike mit in den Urlaub oder auch nur ins Wochenende mitnehmen möchten, zwingen, auf ein Elektroauto umzusteigen. Caravanning würde nahezu unmöglich, da bislang kaum ein E-Auto einen Anhänger ziehen kann.

Eine Umsetzung der Euro-7-Pläne in dieser Form würde auch die Automobilindustrie und

ihre Beschäftigten bis ins Mark treffen. Im vergangenen Jahr waren über 2,23 Millionen Menschen direkt oder indirekt in der Branche beschäftigt. „Nur wenn Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit und der Erhaltung des Wohlstands einhergeht, werden die Maßnahmen Akzeptanz erfahren und Nachhaltigkeit entwickeln können. Die aktuell verfolgte Politikstrategie jedoch ist ebenso verantwortungslos wie unsozial und führt zudem sehenden Auges zur Verfehlung der angestrebten Ziele“, kommentiert der Generalsekretär des AvD, Lutz Leif Linden, das Vorgehen der EU.

Die Petition des Automobilclubs ist auf der AvD-Homepage zu finden oder unter der Adresse <https://www.openpetition.eu/petition/online/gemeinsam-mit-dem-avd-die-euro-7-norm-stoppen>. (ampnet/mk)

Bilder zum Artikel



Abgasuntersuchung: Messung am Endrohr.

Foto: ProMotor/Volz



Foto: Auto-Medienportal.Net/AvD